

**Deutschland – Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen – Stadt
Schneverdingen - Trägerschaft des Jugendzentrums in Schneverdingen und
Grundschulsozialarbeit - Vergabe der Trägerschaft und der Grundschulsozialarbeit
OJ S 21/2024 30/01/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Schneverdingen

E-Mail: vergabestelle@bbt-kanzlei.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Stadt Schneverdingen - Trägerschaft des Jugendzentrums in Schneverdingen und Grundschulsozialarbeit - Vergabe der Trägerschaft und der Grundschulsozialarbeit

Beschreibung: Gegenstand des Auftrags ist der Betrieb des Jugendzentrums in Schneverdingen sowie die Durchführung der Grundschulsozialarbeit an den Grundschulen in Schneverdingen, soweit das Land Niedersachsen die Grundschulsozialarbeit an einer Grundschule nicht übernimmt, nach Maßgabe des beigefügten Betriebsführungsvertrages. Vertragsbeginn ist spätestens der 01.08.2024. Der Betriebsführungsvertrag hat eine Laufzeit von 5 Jahren. Es besteht eine zweifache Verlängerungsoption um jeweils 5 Jahre.

Kennung des Verfahrens: c06e64c0-d251-49a8-87c3-26675d2e1956

Interne Kennung: 1189-23

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 85300000 Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Heidekreis (DE938)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4Y6JH4XL

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Stadt Schneverdingen - Trägerschaft des Jugendzentrums in Schneverdingen und Grundschulsozialarbeit - Vergabe der Trägerschaft und der Grundschulsozialarbeit

Beschreibung: Die Stadt Schneverdingen beabsichtigt die Vergabe der Trägerschaft eines Jugendzentrums sowie die Durchführung der Grundschulsozialarbeit an den Grundschulen in Schneverdingen. Für den Betrieb des Jugendzentrums sucht die Stadt Schneverdingen einen zuverlässigen und den qualitativen Anforderungen der Stadt entsprechenden freien Träger der

Jugendhilfe als Träger des Jugendzentrums. Der Träger nimmt im Jugendzentrum die Aufgaben offener Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII wahr. Das Jugendzentrum dient als Treffpunkt für Jugendliche zwischen 13 Jahren bis 27 Jahren. Insbesondere im Kontext einer Verzahnung mit der Grundschulsozialarbeit können grundsätzlich auch Kinder unter 13 Jahren angesprochen werden. Das heutige Jugendzentrum war bisher in der Freizeitbegegnungsstätte (FBZ) in Schneverdingen untergebracht. Da die FBZ aktuell saniert wird, ist das Jugendzentrum ein-schließlich des teils selbstverwalteten Jugendcafés derzeit in angemieteten Räumen der ev. Peter und Paul-Gemeinde untergebracht. Das zweigeschossige Haus hat ca. 280 qm, ein umgebendes kleines Grundstück und ist von der Stadt Schneverdingen sachlich voll ausgestattet. Es ist geplant, dass ab Anfang 2026 das eigentliche Jugendzentrum der Stadt Schneverdingen wieder zur Verfügung steht. Sodann stehen sanierte Räumlichkeiten mit einer Größe von ca. 800 qm und ein Außengelände zur Verfügung. Die Vernetzung und der Austausch mit lokalen Sozialraumpartnern sowie mit den ansässigen Schulen wird ausdrücklich gewünscht. Ebenfalls eine Zusammenarbeit mit dem Städtepartnerschaftsbeauftragten für städtische Jugendbegegnungen zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen wünschenswert oder zu begrüßen. Grundsätzlich richtet sich die Grundschulsozialarbeit an alle Grundschulen in Schneverdingen. Soweit das Land Niedersachsen die Grundschulsozialarbeit an einer Grundschule übernimmt, sind die Angebote des Trägers darauf abzustimmen; es ist zu kooperieren. Für die Übernahme der Grundschulsozialarbeit ist die Beratung/Schulsozialarbeit an den Grundschulen in Schneverdingen (mindestens 25 Wochenstunden von montags bis freitags) vorgesehen. Der Träger verpflichtet sich, an den Grundschulen, die nicht durch das Land Niedersachsen mit Grundschulsozialarbeit versorgt sind, ein persönliches oder telefonisches Beratungsangebot vorzuhalten; die Aufteilung des Zeitkontingentes auf die Grundschulen erfolgt bedarfsorientiert und im Einvernehmen mit den Grundschulen. Für die zu beschaffenden Leistungen ist ein festes Budget vorgeben.

Interne Kennung: 1189-23

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 85300000

Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Heidekreis (DE938)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.4. Verlängerung

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: Der Betriebsführungsvertrag hat eine Laufzeit von 5 Jahren. Es besteht eine zweifache Verlängerungsoption um jeweils 5 Jahre.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Persönliche Lage des Bewerbers

Beschreibung: Mit dem Teilnahmeantrag sind die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise abzugeben: 1.1 Angabe des Bewerbers (Einzelbewerbung) mit Namen, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse. 1.2 Im Falle der Bewerbung als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft, Angabe sämtlicher Mitglieder der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft mit Namen, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse. 1.3 Im Falle der Bewerbung als Bietergemeinschaft /Arbeitsgemeinschaft ist mit dem Teilnahmeantrag eine von sämtlichen Mitgliedern unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung vorzulegen, a) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird, b) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und in der die*der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter*in bezeichnet ist, c) dass die*der bevollmächtigte Vertreter*in die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, d) dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. 1.4 Im Falle der Einbindung von Nachunternehmern ist eine Erklärung zum vorgesehenen Nachunternehmereinsatz und zu Art und Umfang der Teilleistungen vorzulegen. 1.5 Im Falle einer Eignungsleihe ist eine Verpflichtungserklärung der Unternehmen, deren Kapazitäten für den Nachweis der Eignung in Anspruch genommen werden, vorzulegen, in der das Unternehmen erklärt, dem Bewerber im Auftragsfall die erforderlichen Mittel bzw. Leistungen zur Verfügung zu stellen. 1.6 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB. 1.7 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB. 1.8 Erklärung über eine Selbstreinigung gemäß § 125 GWB. 1.9 Erklärung zu Russland-Sanktionen gemäß Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022. 1.10 Der Bewerber oder im Falle einer Bewerbung als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft die*der bevollmächtigte Vertreter*in hat mit der Abgabe des Teilnahmeantrags zu erklären, - dass ihr*ihm bewusst ist, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen den Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann; - dass sie*er sich damit einverstanden erklärt, dass durch den Auftraggeber zur Überprüfung der Angaben unter Wahrung der Vertraulichkeit gegebenenfalls weitere/ergänzende Angaben/Unterlagen angefordert werden können; - dass sie*er bestätigt, dass sie*er die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb einer vollständigen Überprüfung unterzogen hat und das Vorhaben sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für den Teilnahmeantrag erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann und sich mit den aufgestellten Verfahrensregeln ausdrücklich einverstanden erklärt. 1.11 Nachweis über die Eigenschaft als anerkannter Träger der Jugendhilfe (§ 75 SGB VIII) Hinweis: Es sind formlose Eigenerklärungen ausreichend. Die Auftragserteilung kann von der Vorlage weiterer Nachweise abhängig gemacht werden. In den beigefügten Vordrucken für den Teilnahmeantrag sind die entsprechenden Erklärungen enthalten. Bei Bietergemeinschaften /Arbeitsgemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft beizubringen sowie im Falle einer Eignungsleihe auch durch diese Unternehmen vorzulegen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Mit dem Teilnahmeantrag sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen: 2.1 Erklärung

über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung im Auftragsfall mit folgenden Haftungssummen: - mindestens 1,5 Mio. EUR für Personenschäden, - mindestens 1,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der o. g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Bei einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen. Hinweis: Es sind formlose Eigenerklärungen ausreichend. In den beigefügten Vordrucken für den Teilnahmeantrag sind die entsprechenden Erklärungen enthalten. Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen.

2.2 Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Angabe des Gesamtumsatzes der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2020, 2021, 2022). Hinweis: Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften sind die Gesamtumsätze zu addieren. Zudem ist eine Anrechnung der Umsätze eines anderen Unternehmens im Wege der Eignungsleihe möglich. Für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft und für jedes Unternehmen, dessen Leistungsfähigkeit im Wege der Eignungsleihe berücksichtigt werden soll, sind Einzelangaben erforderlich. Hierfür ist die Anlage "Erklärungen zur Leistungsfähigkeit" zu verwenden.

2.3 Erklärung über den auftragsspezifischen Umsatz mit dem Betrieb von Kinder- und Jugendeinrichtungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2020, 2021, 2022). Hinweis: Bei Bietergemeinschaften /Arbeitsgemeinschaften sind die Gesamtumsätze zu addieren. Zudem ist eine Anrechnung der Umsätze eines anderen Unternehmens im Wege der Eignungsleihe möglich. Für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft und für jedes Unternehmen, dessen Leistungsfähigkeit im Wege der Eignungsleihe berücksichtigt werden soll, sind Einzelangaben erforderlich. Hierfür ist die Anlage "Erklärungen zur Leistungsfähigkeit" zu verwenden.

2.4 Erklärung über den auftragsspezifischen Umsatz mit der Durchführung von Schulsozialarbeit in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2020, 2021, 2022). Hinweis: Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften sind die Gesamtumsätze zu addieren. Zudem ist eine Anrechnung der Umsätze eines anderen Unternehmens im Wege der Eignungsleihe möglich. Für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft und für jedes Unternehmen, dessen Leistungsfähigkeit im Wege der Eignungsleihe berücksichtigt werden soll, sind Einzelangaben erforderlich. Hierfür ist die Anlage "Erklärungen zur Leistungsfähigkeit" zu verwenden.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Mit dem Teilnahmeantrag sind zur Prüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen: 3.1 Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023)

jahresdurchschnittlich sowie aktuell (2024) im auftragsrelevanten Bereich (Betrieb eines Jugendzentrums) beschäftigten Personen, gliedert nach: a) Geschäftsführer*innen / Inhaber*innen b) Führungskräfte/ Leitungen c) Sozialpädagogisches Fachpersonal d) Sonstige Mitarbeiter*innen Hinweis: Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist die Personalübersicht für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft einzeln und für die Bieter-gemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft insgesamt darzustellen. Zudem ist eine Anrechnung der Beschäftigten eines anderen Unternehmens im Wege der Eignungsleihe möglich.

3.2 Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023) jahresdurchschnittlich sowie aktuell (2024) im auftragsrelevanten Bereich (Schulsozialarbeit) beschäftigten Personen, gliedert nach: a) Führungskräfte/ Leitungen b) Sozialpädagogisches Fachpersonal c) Sonstige Mitarbeiter*innen Hinweis: Bei

Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist die Personalübersicht für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft einzeln und für die Bietergemeinschaft /Arbeitsgemeinschaft insgesamt darzustellen. Zudem ist eine Anrechnung der Beschäftigten eines anderen Unternehmens im Wege der Eignungslleihe möglich. 3.3 Erfahrungsnachweis des Bewerbers (Unternehmens) in Form der Benennung von Referenzprojekten innerhalb der letzten fünf Jahre (ab 01.01.2019) über den Betrieb eines Jugendzentrums oder vergleichbar. Es ist mindestens ein Referenzprojekt zu benennen, um die Mindestanforderungen zu erfüllen. Es werden drei Referenzprojekte bei der Auswahl der Bewerber berücksichtigt (vgl. XIV der Vergabeunterlagen). Es werden nur Referenzen über den Betrieb von Kinder- und Jugendeinrichtungen berücksichtigt, die seit mindestens einem Jahr innerhalb des Referenzzeitraumes betrieben wurden oder werden. Im Rahmen der Benennung der Referenzprojekte sind folgende Angaben notwendig: - Auftraggeber (Name, Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) - Kurze Beschreibung der Einrichtungsart - Auftragszeitraum / Vertragslaufzeit 3.4 Erfahrungsnachweis des Bewerbers (Unternehmens) in Form der Benennung von Referenzprojekten innerhalb der letzten fünf Jahre (ab 01.01.2019) über Schulsozialarbeit oder vergleichbar. Es ist mindestens ein Referenzprojekt zu benennen, um die Mindestanforderungen zu erfüllen. Es werden drei Referenzprojekte bei der Auswahl der Bewerber berücksichtigt (vgl. XIV der Vergabeunterlagen). Es werden nur Referenzen über Schulsozialarbeit berücksichtigt, die seit mindestens einem Jahr innerhalb des Referenzzeitraumes durchgeführt wurden oder werden. Im Rahmen der Benennung der Referenzprojekte sind folgende Angaben notwendig: -Auftraggeber (Name, Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) - Kurze Beschreibung der Einrichtungsart - Auftragszeitraum / Vertragslaufzeit

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 6

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y6JH4XL/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y6JH4XL>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y6JH4XL>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 29/02/2024 11:00:00 (UTC+1) Central European Time, Western European Summer Time

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es gilt die Regelung des § 56 VgV: (1) Die Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote sind auf Vollständigkeit und fachliche Richtigkeit, Angebote zudem auf rechnerische Richtigkeit zu prüfen. (2) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, in der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen festzulegen, dass er keine Unterlagen nachfordern wird. (3) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. (4) Die Unterlagen sind vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Ort: Die Öffnung der Angebote erfolgt elektronisch durch mindestens 2 Vertreter des öffentlichen Auftraggebers.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Tariftreueerklärung NTVergG Mit dem Teilnahmeantrag ist die in Anlage enthaltene Vereinbarung zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen gemäß dem Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) unterzeichnet abzugeben.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Informationen über die Überprüfungsfristen: Bewerber/Bieter haben Verstöße gegen Vergabevorschriften unter Beachtung der Regelungen in § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder

zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: bbt

Rechtsanwälte und Steuerberater

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Schneverdingen

Registrierungsnummer: 033580019019-0-52

Stadt: Schneverdingen

Postleitzahl: 29640

Land, Gliederung (NUTS): Heidekreis (DE938)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@bbt-kanzlei.de

Telefon: 05193 93-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: bbt Rechtsanwälte und Steuerberater

Registrierungsnummer: DE259528735

Postanschrift: Theaterstraße 16

Stadt: Hannover

Postleitzahl: 30159

Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@bbt-kanzlei.de

Telefon: +49 511220074-51

Fax: +49 511220074-99

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Auf der Hude 2

Stadt: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land, Gliederung (NUTS): Lüneburg, Landkreis (DE935)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telefon: +49 4131-153306

Fax: +49 4131-152943

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a6b235e5-724f-40e1-b7e1-6422fd72ec54 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/01/2024 12:28:57 (UTC+1) Central European Time, Western European Summer Time

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 62210-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 21/2024

Datum der Veröffentlichung: 30/01/2024